



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

**Haushaltsrede 2007 am 06. März 2007
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Alfred Holtel**

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beim Eckdatenbeschluss im Haupt- und Finanzausschuss am 24. Oktober 2006 war die Welt noch in Ordnung – auch der Kämmerer war mit dem Zahlenwerk zufrieden und machte sich an die Arbeit: er stellte den Haushaltsplanentwurf mit Unterstützung der Fachbereiche auf.

Obwohl zwischenzeitlich in einigen Fachbereichen neue Erkenntnisse und damit neue Zahlen vorlagen, wurden diese **nicht** an den Fachbereich 4 (früher hieß dieser „Kämmerei“) weitergegeben und in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet. Nach der Einbringung des Haushaltes in den Rat am 12. Dezember 2006 begannen im Januar 2007 die Beratungen in den Fachausschüssen. Parallel zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs hatte im Jahr 2006 kontinuierlich die Strategie- und Finanzkommission getagt und die Sparvorschläge der Verwaltung diskutiert.

Bei den Fachausschussberatungen gab es dann „die Überraschungen“, doch dazu später mehr.

Mit Hilfe des Ergebnis- und Investitionsplanes 2007 – 2010 ist sicherlich jedem Ratsmitglied und jedem Mitarbeiter der Stadtverwaltung die Struktur der städtischen

Finanzen deutlich geworden. An dieser Stelle an Herrn Lütkeemeier vielen Dank für diese Arbeit und die klare Darstellung der heutigen und der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben – oder im Haushaltsjargon gesprochen, der zu erwartenden Erträge und Aufwendungen.

Für die nächsten Jahre kann nur ein dramatischer Sparkurs bei der Reduzierung der Aufwendungen helfen. Doch weder die Verwaltung noch der Rat können die Höhe der gravierenden Aufwendungen beeinflussen, nämlich die Transferaufwendungsquote (Sozialleistungen, Umlage des Landschaftsverbandes und Kreisumlage). So bleiben als potentielle Sparziele lediglich die Personal- und Sachkosten. 36,96 Mill. Euro Personalaufwendungen (Personalkosten 33,8 plus Versorgungsaufwendungen 3,2 Mill. Euro) stehen 21,7 Mill. Euro Sachkosten gegenüber. Damit dürfte klar sein, wo am meisten gespart werden muss. Wenn dies nicht möglich ist, kann nur noch ein Lottogewinn kurzfristig die städtischen Finanzen retten.

Obwohl der Verkauf nur eines der dicken Aktienpakete der RWE zig Millionen EURO in die Kreiskasse gespült hat, verhält sich der Kreis keineswegs gemeindefreundlich. Die Senkung der Kreisumlage um gut einen Punkt hat nicht dazu geführt, dass die Stadt Rheine deutlich weniger an den Kreis zahlen darf. Im Gegenteil, der Kreis kassiert sogar 12,5 Mill. Euro mehr als 2006 von seinen Kommunen.

Noch selbstherrlicher agiert der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, und zwar hier die schwarz-rote Koalition. CDU und SPD im Westfalenparlament halten sich krampfhaft an den RWE- und Provizialversicherungs-Aktienpaketen fest, und die Städte und Kreise in Westfalen-Lippe dürfen täglich 50.000 € für die Zinsen aufbringen, die der LWL für seine 330 Mill. Euro Schulden zahlt. Diesen Zinsdienst holt sich der Kreis Steinfurt u. a. auch über die Kreisumlage aus der Kasse der Stadt Rheine wieder. Entschuldung des Kreises und dauerhafte Senkung der Kreisumlage sind das Gebot der Stunde und die Forderung aller Kommunalpolitiker. Die Forderungen einiger Bürgermeister, die freie Spitze des Kreises solle zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden, bei einer gleichzeitigen Finanzierung der Kreisinvestitionen über eine Neuverschuldung, ist nach Meinung der FDP-Fraktion nicht an einer dauerhaften und nachhaltigen Senkung der Kreisumlage orientiert.

Auch die Mindereinnahmen aus der leider nur „light“ ausgefallenen Senkung der Landschaftsverbandsumlage müssen ebenso wie die Minderausgaben beim Kapitaldienst des Kreises an die Städte und Gemeinden im Kreis Steinfurt weitergegeben werden.

Die FDP Rheine sagt deutlich: Der Kreis gibt Geld aus für Projekte, die nicht originäre Aufgabe des Kreises sind. Ich habe bereits am 21. Juni 2006 bei der damaligen Haushaltsverabschiedung gesagt: Das Sammeln zusätzlicher Aufgaben und die damit verbundenen Sach- und Personalkosten können nicht Inhalt einer verantwortungsvollen Kreispolitik sein. Und nach wie vor ist die Stadt Rheine bei jedem Euro, den der Kreis ausgibt, mit 20 Cent dabei!

Ich hoffe, dass mit der Kündigung des Vertrages zur Defizitabdeckung der Tecklenburger Nordbahn die Stadt Rheine wesentlich dazu beigetragen hat, diese Dauersubvention ohne Zukunftsperspektive abzuschaffen!

Sehr verehrte Frau Dr. Kordfelder, meine Damen und Herren, unsere Forderung, diesen Vertrag zu kündigen, stammt bereits aus dem Jahre 2004 – wir hätten ein positives Ergebnis folglich bereits drei Jahre früher haben können!

Wenn ich am 21.06.2006 noch die Sparbeschlüsse der Landesregierung kritisiert habe, darf ich heute sagen, dass wir mit der Novellierung des GKT ab 2008 neue Wege und eine bessere Finanzierung für die Kindertagesstätten haben werden.

Mit über 24 Mill. Euro sind die Schlüsselzuweisungen des Landes eine verlässliche Einnahmeposition – auch vorausblickend bis 2010. Dies war leider zu Zeiten der rot-grünen Koalition in Düsseldorf anders, und auch 2006 haben wir mit nur 17 Mill. Euro Schlüsselzuweisungen noch die Altlasten der rot-grünen Haushaltspolitik deutlich zu spüren bekommen.

Ich habe bereits zu Beginn meiner Ausführungen auf die Einsparmöglichkeiten – Personal- und Sachkosten – in der Stadtverwaltung hingewiesen. Hier zeigten sowohl die Beratungen in den Fachausschüssen als auch die in der Strategie- und Finanzkommission, wie mühsam diese Arbeit ist. Effektiver kann sie nur dann

werden, wenn Politik und Verwaltung sich auf **ein** Verfahren einigen: Entweder macht die Verwaltung, die sicher besser weiß, wo **nicht** gespart werden kann, Vorschläge, die in der Politik abgestimmt und dann umgesetzt werden; oder aber die Politik setzt prozentual ausgewogene Sparvorschläge für Fachbereiche oder Produkte fest und überlässt es der Verwaltung, diese prozentualen Kürzungen im entsprechenden Budget umzusetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das über 100-seitige Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 – 2009 der Stadt Münster hinweisen, das von der Kämmerei der Stadt Münster erarbeitet wurde. Für sinnvolles Sparen mit Augenmaß haben auch in unserer Stadt viele Bürger und Bürgerinnen Verständnis, dies zeigen z.B. Rückmeldungen aus Sportvereinen mit vereinseigenen Anlagen, die auch in der Vergangenheit schon dafür gesorgt haben, dass in Rheine mit einem geringen Sportetat durch ehrenamtliche Arbeit ein optimales Angebot an Sportstätten vorgehalten werden kann.

Diese ehrenamtliche Tätigkeit gilt es weiter zu fördern und zu erhalten. Es wäre sicherlich kontraproduktiv, durch die gute Arbeit der Stabsstelle Ehrenamt „neue Ehrenamtliche“ zu gewinnen und gleichzeitig Bewährtes in den Sportvereinen zu zerstören.

Der finanzielle Rahmen des SGB II – besser bekannt als Hartz IV oder ALG II – bietet aus Sicht der FDP-Fraktion zum einen wegen der unklaren Rechtsposition (Kostenaufteilung 50:50 oder 2/3:1/3 zwischen Stadt Rheine und Kreis), zum andern aber auch wegen der Chancen, die in der derzeit guten konjunkturellen Situation zu nutzen sind, deutliche Einsparpotentiale. Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Über die Arbeit der städtischen MitarbeiterInnen im Bereich Fallmanagement und Qualifizierung ist regelmäßig einer kleinen strategischen Arbeitsgruppe zu berichten, Arbeitsaufträge dieser Arbeitsgruppe sind dann von der Verwaltung umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit dem Kreis (STARK) muss das Angebot für den Personenkreis „der arbeitsmarktnahen Arbeitslosen“ entsprechend der Nachfrage des Arbeitsmarktes zielgerichtet mit kurzfristigen Qualifizierungen ausgebaut werden.

Neben den Arbeitsgelegenheiten (1 € - Jobs) sind durch Kombination verschiedener Fördermöglichkeiten, auch mit finanzieller Beteiligung der Stadt Rheine, ganztägige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Ob wir es nun städtische Beschäftigungsgesellschaft nennen oder Bürgerarbeit, sowohl aus sozialpolitischen Gründen als auch wegen des Effektes auf den örtlichen Arbeitsmarkt, sind diese sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei der Zahl von ... arbeitslosen ALG II – Beziehern in Rheine dringend erforderlich. Der Rückgang der Arbeitslosen im Bereich des SGB III um 29,1 % innerhalb des Jahres 2006 zeigt, dass der Arbeitsmarkt auf entsprechende Potentiale wartet.

Auf neue Lösungsansätze warten die Bereiche: Verschönerung der Spielplätze, optische Verbesserung des Straßengrüns, Hilfen bei der Pflege der Erholungsbereiche Kloster Bentlage, Tierpark, Stadtpark, Walshagenpark, Waldhügel, alter Friedhof Salzbergener Strasse und Salinenkanal, aber auch die Schaffung zusätzlicher sozialer Dienste. In anderen Städten ist es bereits möglich, mit der Durchführung dieser Aufgaben private Wirtschaftsbetriebe zu beauftragen. Viele von Ihnen haben sicherlich auch von den positiven Aktivitäten unseres Stadthallenbetreibers, Herrn Feitgenhauer, in diesem Zusammenhang gehört oder gelesen.

Lassen sie uns diesen Schritt gemeinsam gehen! Die langfristigen Erfolge für die Stadt Rheine werden sich mehrfach auszahlen, und zwar einmal durch die geleistete Arbeit, zum anderen durch eine geringere Arbeitslosenzahl bei der Stadt Rheine und somit entsprechend geringeren Ausgaben im Bereich des SGB II. Vielleicht wird ja gleichzeitig auch in geringem Umfang der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer steigen.

Da im Arbeitsministerium des Landes NRW auch in Bezug auf den Kombilohn neue Modelle diskutiert werden, lassen Sie uns diesen Weg versuchen, gehen Sie mit, auch wenn der städtische Haushalt hier einen Teilbetrag beisteuern muss.

Ich möchte nun noch einmal auf die Personalkosten zurückkommen. Im April wird uns die Verwaltung die Vorschläge zur Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes vorlegen – zahlreiche Anträge sollen inzwischen der Verwaltung vorliegen. Nach

dem einstimmigen Beschluss im letzten Jahr, wäre es sicher hilfreich gewesen, die Personalkostenentwicklung jetzt im Haushalt auch unter den Auswirkungen dieser Altersteilzeitanträge zu betrachten. Bei entsprechender Ausgestaltung kann dieser Weg mittelfristig ein gangbarer Weg zur Reduzierung der Personalkosten werden. Allerdings wird es je nach Dauer der Altersteilzeit unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten geben müssen, und zwar einmal aus Kostengesichtspunkten, aber auch, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung abzusichern.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Forderung aus unserer Haushaltsrede 2006 noch einmal wiederholen: **„alle Möglichkeiten des Altersteilzeitgesetzes zu prüfen und zu nutzen!“**

Für die FDP-Fraktion ist die Umsetzung des ATG nur ein erster Schritt zur Reduzierung der Personalkosten. Diesem Schritt muss ein zweiter folgen: Die Stellenbewertungen zwischen A12 und A16 (entsprechende Eingruppierungen von Angestellten sind natürlich einzubeziehen) sind kritisch zu überprüfen. Für andere Positionen hingegen, ist zu hinterfragen, ob diese nicht erst nach mehrjähriger Bewährungszeit erreicht werden können.

Übrigens steht die FDP-Fraktion mit diesen Forderungen nicht alleine da, bei Gesprächen mit Mitarbeitern des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes wird immer wieder auch auf die Führungsebene „die da oben“ hingewiesen!

Lassen Sie uns nun einen Blick auf die zu erwartenden Steuereinnahmen unserer Stadt werfen. Beim Ergebnis- und Investitionsplan 2007 – 2010 geht Herr Lütke-meier noch von einer positiven Entwicklung der Gewerbesteuer aus. Bei der jetzt in Berlin diskutierten Reform der Unternehmensbesteuerung ist jedoch zu erkennen, dass sie eher massive negative Auswirkungen auf die Kommunen haben wird. Konkret wird sich das Gewerbesteueraufkommen in Rheine demnach ab 2008 nicht weiter positiv entwickeln können. Wir müssen voraussichtlich sogar **Rückgänge** gegenüber den in 2007 veranschlagten 25,75 Mill. Euro befürchten. Da auch die Bundesländer negativ betroffen wären, ist auch eine durch diese Bundesgesetzregelung verursachte Kürzung der Schlüsselzuweisungen zu befürchten.

Sitzt jetzt der Totengräber solider Finanzhaushalte der Kommunen in Berlin?

Auch die zu erwartenden Steigerungen bei der Kreisumlage (Steigerung von 18,33 % auf 20,66 % in 2010) sind von den Städten und Gemeinden im Kreis Steinfurt und von den Bürgern in Rheine nicht mehr zu verkraften.

Angesichts der von Rat und Verwaltung der Stadt Rheine nicht beeinflussbaren Risiken, wie Unternehmensbesteuerung und Erhöhung der Kreisumlage, geht für die FDP-Fraktion kein Weg an weiteren Einsparungen bei den Positionen Personal- und Sachkosten vorbei.

Die FDP-Fraktion lehnt erneute Steuererhöhungen für den Bürger kategorisch ab!

Auf Grund der aktuellen Zeitachse werden sich auch Synergieeffekte zwischen den Stadtwerken und dem Bauhof nicht vor 2009 zeigen. Obwohl die Gutachten bereits in Auftrag gegeben wurden, liegen alle notwendigen Unterlagen hierzu noch nicht vor. Mit der neuen Organisationsform sollen Synergieeffekte gehoben und die Effizienz des Bauhofes gesteigert werden, um damit das Defizit von über 4 Mill. Euro deutlich zu verringern. Wir hätten bereits intensivere Umsetzungsvorbereitungen von Seiten der Verwaltung hierzu erwartet. Die ersten konkreten Diskussionen über diese Zusammenführung sind unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltes zu führen.

Mit den Zukunftsprojekten **Kaserne Gellendorf**, **4. Quadrant Lindenstraße** und **Rheiner R** sind ehrgeizige Ziele verbunden. Die FDP-Fraktion hat bei der zukünftigen Nutzung **Rheiner R** eine zeitlich und damit finanziell gestreckte Lösung, unter Berücksichtigung der Finanzbelastung der nächsten Jahre, bevorzugt. Die Chancen für den **4. Quadranten** und die **Gartenstadt Gellendorf** sind deutlich besser und kurzfristiger umzusetzen. Trotz unseres Neins zu Rheiner R stimmen wir dem Haushalt 2007 zu.

Bedanken möchte ich mich im Namen der FDP – Fraktion für die gute Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und die Unterstützung aus der Verwaltung, insbesondere bei Herrn Lütke-meier und seinen Mitarbeitern aus dem Fachbereich 4. Wie bereits in den vergangenen Jahren, war und ist die Kämmerei ein Hort der Sparsamkeit. **Doch wenn es darum geht, das Geld auszugeben – besorgen dies schon Andere!**